

Die GGG zur Campus-Stadtteilschule

Für die HLZ

Derzeit wird in Hamburg eine heftige Debatte über die im Referentenentwurf des Schulentwicklungsplans (SEPL) vorgestellte „Campus-Stadtteilschule“ geführt. Die GGG geht davon aus, dass mit den bislang erkennbaren Strukturen für dieses Modell, das bisherige Zwei-Säulenmodell um eine weitere Säule ergänzt wird.

Campus-Stadtteilschule, was soll das sein?

Werfen wir zunächst einen Blick darauf, was nach den bisherigen Verlautbarungen der Schulbehörde mit dieser „Campus-Stadtteilschule“ überhaupt gemeint ist.

In der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der Linken heißt es:

„Die konkrete Ausgestaltung des Angebotes und auch der Organisation der Campus-Stadtteilschule ist im Rahmen der weiteren pädagogischen Konzeptentwicklung unter Leitung der Gründungsschulleitung zu klären. Hierbei kann sich die Campus-Stadtteilschule an der Organisation der Heinrich-Hertz-Schule und der Gyula Trebitsch Schule orientieren, sie kann sich aber auch eine andere Organisationsform wählen, wenn sie mit den einschlägigen schulrechtlichen Vorgaben übereinstimmt.“ (Drs. 21/17332)

Diese Antwort lässt alle Fragen offen und bietet viele Möglichkeiten der Interpretation.

Ist vielleicht intendiert, dass unter einer Gründungsschulleitung und im Prozess der Konzeptentwicklung mit allen Beteiligten eine Schule entsteht, die offen ist für die individuellen Entwicklungen der Schülerinnen und Schüler? Eine Schule, die frühe Schulformentscheidungen nach hinten verschiebt und die Potentiale der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt rückt? Eine Schule, die nicht beschämt, sondern ermutigt? Wäre das aber nicht genau eine „Schule für alle“, die einmal als Zielperspektive in den Genen sozialdemokratischer Schulpolitik verankert schien? Und ist das nicht genau die Zielperspektive, die den Stadtteilschulen als Maßstab ihrer Arbeit dient?

Zweifel kommen bei nüchterner Betrachtung schnell auf. In seiner Newsletter-Rubrik „Fragt den Rabe!“ (Newsletter der BSB vom 23.8.19) erklärt der Senator, dass die Besonderheit der bisherigen kooperativen Stadtteilschulen (also Heinrich-Hertz und Gyula Trebitsch) darin läge, dass sie einen gymnasialen Zweig hätten, der in acht Jahren direkt zum Abitur führe, „beinah so ähnlich wie am Gymnasium“, so der Schulsenator wörtlich. Also ein bisschen mehr Gymnasium? Offenbar ist ihm der Widerspruch durchaus bewusst, denn er betont in dem kurzen Video immerhin sechsmal, dass es sich trotzdem um eine „klassische Stadtteilschule“ handele.

Eine solche Schule mit einem separaten Gymnasialzug ist aber mitnichten eine „klassische Stadtteilschule“. Es wäre ein „Zweisäulenmodell“ unter einem Dach.

Im SEPL heißt es zur Begründung der Einführung dieser neuen Schulform u.a. : *„Dank der Organisation der beiden Bildungsgänge in einer Schule können sie besser auf Schwankungen bei der Schulformwahl reagieren.“* (SEPL, Referenten-Entwurf S. 6).

Wurde bisher das Problem der frühen Zuweisungen und der Abschlüssen der Schülerinnen und Schüler im Zweisäulenmodell zumindest (auch) noch als pädagogisches Problem der Gymnasien und konzeptionelles Manko des Zweisäulenmodells diskutiert, so wird daraus nun ein technisch-organisatorisches Problem des Ausgleichs der „Schwankungen bei der Schulformwahl“.

Die Zweisäulen-Schule im Zweisäulen-Modell?

Wir wissen, dass im Zweisäulensystem jährlich knapp 1000 Schülerinnen und Schüler das Gymnasium Richtung Stadtteilschule verlassen müssen, mit weitreichenden, häufig negativen Folgen für die Lernbiografie jedes Einzelnen. Dieses große und seit Jahren existierende Problem wird im SEPL nicht angefasst. Im Gegenteil, die Schulformwechslerquote wird sogar entsprechend den wachsenden Schülerzahlen im SEPL auch noch hochgerechnet! Es ist ein Skandal, dass sich die bildungspolitisch Verantwortlichen offenbar damit abfinden. In der Vergangenheit war die hohe Fluktuation ein starker Anlass zu Diskussionen über die Begrenztheit des Zweisäulenmodells. Mit einer additiven Campus-Stadtteilschule ließe sich genau dieser Spannungsbogen nun „smarter“ auflösen: Alles unter einem Dach, aber dennoch getrennt in Gymnasialklassen und Stadtteilschulklassen, Fluktuationen, die durch die Schulwechsler entstehen, werden im System aufgefangen, sind v.a. aus dem öffentlichen Fokus, so wohl die klammheimliche Hoffnung.

Dabei hat eine Trennung nach der 6. Klasse in Gymnasialklassen und Stadtteilschulklassen nichts mit dem Selbstverständnis einer integrierten Stadtteilschule zu tun. Sie versteht sich als Schule der Heterogenität, in der prinzipiell alle Leistungsstärken gemeinsam lernen. An diesem Anspruch haben die „klassischen Stadtteilschulen“

ihre Pädagogik ausgerichtet, es ist eine Pädagogik der Vielfalt und der Inklusion, die bewusst darauf setzt, nicht auszusondern oder gar abzuschulen. Sie versteht sich nicht als „unterer“ Teil eines gegliederten Zweisäulensystems oder gar als Auffangbecken für das Gymnasium, sondern als gleichwertige Schulform. Daher auch der Widerstand der klassischen Stadtteilschulen gegen die Bildung von Gymnasialklassen zu Beginn der siebten Klasse, denn dann verbleibt für die restlichen Stadtteilschulklassen nur eine eingeschränkte Heterogenität. Die Stadtteilschulklassen wären – um es mit dem Bild des alten, dreigliedrigen Systems zu beschreiben – HR-Klassen, die später sicherlich auch noch Übergangsquoten in die Sek II hätten, aber schon frühzeitig von besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schülern getrennt wären.

Gerne wird bei der Argumentation auf die beiden kooperativen Stadtteilschulen Heinrich Hertz und Gyula Trebitsch verwiesen. Nun war die Heinrich Herz Schule schon seit 1968 eine Besonderheit im Spektrum der Hamburger Schullandschaft. Sie wurde ein Jahr vor den ersten Gesamtschulgründungen eingerichtet. In dem sehr zergliederten Schulwesen der 60er Jahre, in dem nur am Gymnasium das Abitur erworben werden konnte, war eine kooperative Schule ein Fortschritt, auch weil erstmals die Klassen 5 und 6 gemeinsam unterrichtet werden konnten. Auf dieser konzeptionellen Basis machten – und machen! – die beiden kooperativen Stadtteilschulen eine hervorragende Arbeit. Es war allerdings kein Zufall, dass dann sehr bald integrierte Gesamtschulen favorisiert wurden, entsprach ihr Konzept doch in einem höheren Maße den damals sehr forciert diskutierten gesellschaftlichen Ansprüchen nach einem gerechteren Schulsystem. Dennoch blieb die kooperative Gesamtschule – auch aufgrund der vorhandenen Akzeptanz – als Unikat unter dem Dach der Gesamtschule (zwei Standorte) bestehen; sogar dann noch, als das Zwei-Säulen – Modell eingeführt wurde.

Etwas anderes ist es aber, wenn jetzt stadtweit ähnliche Schulen eingerichtet werden, dann würde diese Schulform zu einer regulären dritten Säule gemacht.

Fazit:

Dieses Modell rot-grüner Bildungspolitik läuft bisher darauf hinaus, dass die derzeitige Schulstruktur aus Grundschule, Stadtteilschule (auch als Langform) und Gymnasien weiter ausdifferenziert wird durch eine dritte Säule, die durch die Addition zweier Schulformen unter einem Dach entsteht. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung würde damit der einzigen „Schule für alle“, der Stadtteilschule, neben der bisher schon schwierigen Abgrenzung zu den Gymnasien, eine stadtweit weitere Konkurrenz mit „ein bisschen mehr Gymnasium“ hinzufügen. Unter dem Strich wird das eine Verschärfung der Segregation und der Differenzierung nach Bildungsgängen mit sich zu bringen.

Auch wir wollen einen Campus

Abschließend und um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen:

Ein Campus, so stellen wir uns aber vor, sollte ein von verschiedenen Akteuren getragener, innovativer Ort sein. In ihm sollen unterschiedliche Bildungs- und Kultureinrichtungen, die sich um die Erziehung und Bildung der Menschen in ihrem Quartier kümmern, zusammenwirken und dabei auf Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen setzen. Zentrum eines solchen Bildungscampus sollte eine inklusive Stadtteilschule für alle Kinder und Jugendliche des Quartiers sein, die alle Abschlüsse ermöglicht und keinen zurücklässt oder abweist. Denkbar wäre es dabei durchaus, dass diese Neugründungen sich als Labore für verschiedene Modelle des individuellen und zugleich integrativen Lernens im eigenen Takt verstehen, z.B. um den Gegebenheiten in dem jeweiligen Quartier bestmöglich zu entsprechen.

Die Politik jedoch darf sich hier nicht der Verantwortung entziehen. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, dass Senat und Schulbehörde in Kooperation mit anderen Behörden dazu die Möglichkeiten schaffen und den Blick auf den Stadtteil insgesamt richten. Zudem sollte die Schulbehörde die schulischen Neugründungen in diesem Sinne ermutigen, statt sie auf ein Zweisäulenmodell unter einem Dach einzuschränken.

Ein solches Campus-Modell wäre aus Sicht der GGG ein wirklich zukunftsweisender Ansatz für die Schul- und Stadtentwicklung und ein Gewinn für die Kinder der Stadt

Anna Ammonn, Barbara Riekman (Mitglieder im Vorstand der GGG, Verband der Schulen des gemeinsamen Lernens)